

Betriebsversammlung mit Bundeswirtschaftsministerin Zypries und DGB-Chef Hoffmann

NGG-Chefin Rosenberger: „Zukunftsfragen wurden nicht beantwortet“

Hamburg, 1. August 2017

Mehr als 4.000 Beschäftigte haben heute Nachmittag an einer Betriebsversammlung teilgenommen, die live an alle Unilever-Standorte übertragen wurde. „Antworten auf Zukunftsfragen hat uns die Geschäftsführung dabei nicht gegeben. Wenn Unilever plötzlich Sozialleistungen abbauen und keine Standortsicherung mehr geben will, dann ist zu befürchten, dass Standorte geschlossen und Arbeitsplätze vernichtet werden“, so Michaela Rosenberger. Die Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) forderte am Dienstag die Geschäftsleitung von Unilever auf, die Karten auf den Tisch zu legen und eine transparente Konzernpolitik zu machen: „Das, was wir in den letzten Monaten bei Unilever in Deutschland erleben mussten, hat wenig mit Fairness zu tun. Für viele Beschäftigte sind die Arbeitsbedingungen nicht mehr sicher.“

Hermann Soggeberg, der Vorsitzende des Konzernbetriebsrates, nannte es „einen Skandal, dass die Restrukturierung mit dem einzigen Ziel angekündigt wird, die Rendite von 16 auf 20 Prozent zu erhöhen“.

Die NGG und der Unilever-Betriebsrat zeigten sich am Dienstag im Schulterschluss: „Die Beschäftigten sollen für eine auf Gewinnmaximierung zielende Unternehmenspolitik den Preis bezahlen. Das werden wir nicht hinnehmen“, sagte Hermann Soggeberg. Der Vorsitzende des Konzernbetriebsrats appellierte an die Geschäftsführung, sich mit der Arbeitnehmervertretung zusammzusetzen und nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg zu entscheiden: „Wir werden um jeden Arbeitsplatz, jeden Standort und um jede Sozialleistung kämpfen.“ In der Betriebsversammlung habe die Konzernleitung „alles bewusst heruntergespielt und verharmlost“, so Soggeberg.

Der Konzern-Betriebsratsvorsitzende richtete zudem einen dringenden Appell an die Bundesregierung: „Feindliche Übernahmen müssen wesentlich erschwert werden – nicht nur europa-, sondern auch weltweit.“ Diese Forderung war gezielt für die Ohren von Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries bestimmt, die am Dienstag angesichts der Brisanz der Unilever-Pläne gemeinsam mit DGB-Chef Reiner Hoffmann in Hamburg bei der Konzernbetriebsversammlung dabei war. Zypries sagte, dass die nächste Bundesregierung die Mitbestimmung, insbesondere auch der Europäischen Betriebsräte, stärken müsse. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann machte klar, dass eine Steigerung des operativen Gewinns nichts mit Nachhaltigkeit zu tun habe: „Nachhaltigkeit muss auch sozial sein, die Betriebsräte müssen einbezogen, Tarifverträge eingehalten und Arbeitsplätze gesichert werden.“

Hinweis: Für Rück- und Interviewanfragen erreichen Sie NGG-Pressesprecherin Karin Vladimirov unter: 0170 - 56 17 465.